

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 35 (1994)
Heft: 6

Artikel: Wandel oder Rückfall? : Russland und seine Beziehungen zum "Nahen Ausland"
Autor: Zürcher, Christoph M.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092854>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Russland und seine Beziehungen zum «Nahen Ausland»

Wandel oder Rückfall?

«Russland hat es lange Zeit versäumt, seine Interessen im Nahen Ausland mit gebührendem Nachdruck zu verfolgen» – diese Ansicht teilt die ansonsten über den Kurs des Landes heillos zerstrittene politische Klasse mit einer breiten Öffentlichkeit. Dieser Beitrag versucht, die Gründe für das verstärkte Interesse Russlands am «Nahen Ausland» (sprich: ehemalige Sowjetrepubliken) nachzuvollziehen und die Implikationen eines «neuen Kurses» für Russland, das «Nahe Ausland» und den Westen abzuschätzen.

Seit einigen Monaten hat sich die Rhetorik der politischen Klasse Russlands eindeutig verschärft. Dies zeigt sich besonders deutlich in den Äusserungen des Aussenministers Kosirew, der durchaus mit (West-)Engelszungen zu sprechen versteht, andererseits immer häufiger auf ein Vokabular zurückgreift, welches im Westen und im Baltikum alte Ängste aufleben lässt. Im Moment ist kaum auszumachen, wie weit dies einen tiefgreifenden Wandel in der russischen Aussenpolitik ausdrückt oder ob es sich mehrheitlich um für die nationalistische Opposition bestimmten Kulissendonner handelt.

Wohlwollen des Westens anvisiert

Allerdings gibt es deutliche Anzeichen, dass die Zeit der mehr reagierenden als agierenden, eher konzeptionslosen Aussenpolitik in bezug auf das «Nahe Ausland» zu Ende gegangen ist. Heute scheint sowohl über die Notwendigkeit, Russlands Beziehungen zum «Nahen Ausland» mehr Gewicht beizumessen, als auch über die allgemeine Richtung des einzuschlagenden Kurses unter Politikern und der Öffentlichkeit ein tragfähiger Konsens hergestellt zu sein, der die Implementierung einer zielstrebigen Politik ermöglicht.

In den ersten zwei Jahren der staatlichen Existenz Russlands fand Aussenpolitik, verstanden als die Wahrung russischer Interessen im internationalen Umfeld, kaum oder nur partiell statt. Die politische Elite Russlands war in erster Linie damit beschäftigt, die Staatlichkeit Russlands zu sichern und durch den Umbau des wirtschaftlichen und politi-

schen Systems auf eine neue Grundlage zu stellen.

Ihre aussenpolitischen Interessen zielten darauf ab, durch harmonische Beziehungen zu den finanzstarken Industrienationen des Westens ein den Binnenreformen günstiges Umfeld zu schaffen. Die von Gorbatschow initiierte aussenpolitische Linie, welche eine Zusammenarbeit mit den USA und Westeuropa im Bereich der Sicherheitspolitik, die Mitarbeit am KSZE-Prozess und den Abzug der Streitkräfte aus Deutschland und Mitteleuropa betrieb, vererbte sich auf den neuen Staat und wird bis heute weitergeführt.

Innenpolitische Prioritäten

Anders als diese Politik gegenüber dem «Fernen Ausland» fehlte es aus vielen Gründen an einer langfristigen Strategie gegenüber dem «Nahen Ausland». Aus der Konkursmasse des sowjetischen Imperiums entstanden vierzehn politisch unabhängige Protostaaten, welche, mit Ausnahme der Baltischen Staaten und teilweise der Transkaukasischen Republiken, in erster Linie rein territorial bestimmte Einheiten darstellten, die, um überhaupt als Subjekt zwischenstaatlicher Beziehungen handlungsfähig zu sein, zuerst die Grundlagen ihrer Staatlichkeit legen mussten.

Dieser Prozess, zu welchem die Festlegung der Grenzen, die Ausgestaltung des politischen Systems mit einem funktionsfähigen Zentrum, die Entscheidung zwischen einer ethnisch bzw. politisch definierten Nation als Basis des souveränen Nationalstaates, schliesslich die Formulierung «nationaler Interessen und Identität» gehört, ist heute noch lange nicht abgeschlossen. Dies gilt ganz besonders auch für das selbst von zentrifugalen Tendenzen bedrohte multiethnische Gebilde der Russischen Föderation, welche, will man nicht auf das vopetrinische Russland zurückgreifen, an keine nationalstaatliche Tradition anknüpfen kann und sich deshalb auch schwertut mit der Herausbildung einer nationalen Identität.

Immerhin ist der Prozess des «Nation-Building» im postsowjetischen Raum so-

Aus der Konkursmasse des sowjetischen Imperiums entstanden vierzehn politisch unabhängige Protostaaten, die, um überhaupt handlungsfähig zu sein, zuerst die Grundlagen ihrer Staatlichkeit legen mussten.

Inzwischen ist der Prozess des «Nation-Building» im postsowjetischen Raum so weit fortgeschritten, dass sich Russland als potentielle Hegemonialmacht mit der Aufgabe konfrontiert sieht, gegenüber dem tatsächlich zum Ausland gewordenen «Nahen Ausland» eine aussenpolitische Konzeption zu definieren.

weit fortgeschritten, dass sich Russland als potentielle Hegemonialmacht mit der Aufgabe konfrontiert sieht, gegenüber dem tatsächlich zum Ausland gewordenen «Nahen Ausland» eine aussenpolitische Konzeption zu definieren. Bereits im Winter 1991 und verschärft im Sommer 1992 kritisierten der Oberste Sowjet und dessen Sprecher Ruslan Chasbulatow die Jelzin-Mannschaft und ganz besonders Aussenminister Kosirew für deren ausschliesslich westlich orientierte Aussenpolitik und sprach sich entschieden für die Priorität der GUS-Staaten in den auswärtigen Beziehungen Russlands aus. Die Auseinandersetzung um den aussenpolitischen Kurs und die Definition der «nationalen Interessen» wurde im weiteren von allen Fraktionen im Kampf um die Macht instrumentalisiert und blieb aufs engste verbunden mit der instabilen, oft krisenhaften innenpolitischen Situation.

Ordnungsmacht oder Imperialist?

Dies verhinderte ebenfalls die Ausarbeitung und Durchführung einer kohärenten aussenpolitischen Linie. Ausserdem muss sich die Jelzin-Mannschaft nicht ganz zu Unrecht vorwerfen lassen, dass sie lange Zeit das Verhältnis Russlands zum «Nahen Ausland» zu ausschliesslich im Rahmen der GUS regeln wollte, welche aber im Gegensatz zu den hohen Erwartungen seitens der Gründungsmitglieder nie die Kompetenzen und Mechanismen besass, um als Instrument der politischen Ausgestaltung des postsowjetischen Raumes wirksam zu werden.

Die Beziehung Russlands zum «Nahen Ausland» wird heute definiert von einem Konglomerat aus inneren und äusseren Ursachen und Zwängen. In vielen seiner vitalen Interessen direkt berührenden Bereichen wird Russland in das Erbe der Sowjetunion gedrängt, ein Erbe, auf welches es ohne grosse Risiken für seine Sicherheit und Stabilität nicht verzichten kann, welches sich aber umgekehrt als teuer und aufwendig erweisen könnte. Grenzschutz, Konfliktregulierung und Verteidigung strategisch wichtiger Positionen umreissen den sicher-

Fortsetzung Seite 4

heitspolitisch relevanten Aspekt dieses Erbes.

Mit dem Ende des kalten Krieges und dem Zusammenbruch der Sowjetunion ergab sich für Russland die Notwendigkeit, ein den neuen Gegebenheiten angepasstes Sicherheitsdispositiv zu entwerfen. Dieses findet seinen Ausdruck unter anderem auch in der neuen russischen Militärdoktrin. Im Vordergrund steht nicht länger die atomare oder konventionelle Bedrohung seitens des nordatlantischen Bündnisses. Russland sieht seine Sicherheit heute vielmehr bedroht durch regionale Konflikte an seiner südlichen und südwestlichen Flanke, welche auf sein Territorium ausgreifen oder von Russlands südlichen Nachbarn ausgenutzt werden könnten, um ihren Machtbereich bis an die Grenzen Russlands auszudehnen.

Aus russischer Sicht ergibt sich deshalb die Notwendigkeit, den Grenzschutz in den Staaten Mittelasiens und Transkaukasiens selbst zu übernehmen, um so mehr, als zwischen Russland und den GUS-Staaten keine verteidigungsfähigen Grenzen existieren. Weiter bemüht sich Russland, die heissen Konflikte im Nordkaukasus, in Georgien, Aserbaidschan, Moldawien und Tadschikistan nicht eskalieren zu lassen; diese Rolle als Ordnungsmacht wird es zweifellos auch dazu benutzen, um strategisch wichtige Positionen an seinen Flanken auszubauen. Vereinbarungen mit Georgien über die Errichtung russischer Stützpunkte wurden bereits getroffen, und ähnliche Vereinbarungen mit den übrigen Staaten an der Südgrenze Russlands dürften folgen. Die Absicht Russlands, an seinen südlichen Grenzen einen «pojas stabilnosti» (Stabilitätsgürtel) zu errichten, ist unverkennbar.

Wie weit die regionale Hegemonie Russlands allerdings die Souveränität der Staaten des «Nahen Auslands» beeinträchtigen wird, ist eine weitere offene, sehr entscheidende Frage. Der Umstand, dass Russland dem Schutz der 25 Millionen Russen, welche in den ehemaligen Republiken leben, seit längerer Zeit auf der aussenpolitischen Agenda erste Priorität einräumt, macht Russland automatisch in jedem Konflikt auch zur «Partei». Aus diesen Gründen besteht denn auch die Gefahr, dass Russland bei einem entsprechenden innenpolitischen Kräfteverhältnis nicht nur das sicherheitspolitische Erbe der Sowjetunion antritt, sondern auch das imperiale.

«Aussenpolitische» Schwerpunkte

Eine Zwischenbilanz des aussenpolitischen Kurses, den Jelzin und Kosirew steuern und der zumindest im Moment von einem ausreichend breiten Konsens

von liberalen und zentristischen Kräften mitgetragen wird, lässt folgende Schwerpunkte erkennen:

1. Schutz der 25 Millionen Russen im «Nahen Ausland». Dieses Thema, welches im Wahlkampf von nationalistischen Parteien mit Erfolg instrumentalisiert wurde, geniesst heute bei allen Vertretern der russischen Aussenpolitik höchste Priorität. Seine nicht zu bestreitende Brisanz wird allerdings vor eigenem (nationalistischem) Publikum oder westlichen Gesprächspartnern oftmals übermässig dramatisiert, um damit andere Ziele zu legitimieren. Im Vordergrund steht die schwierige Situation im Baltikum (in Lettland und Estland besitzen die Russen, welche einen substantiellen Anteil an der Gesamtbevölkerung stellen, kein Bürgerrecht), aber auch aus den mittelasiatischen Staaten mehren sich die Klagen über eine allmähliche Verdrängung der Russen aus Bürokratie, Wirtschaft und Bildungsinstitutionen. Seit längerem versucht die russische Diplomatie, mit den mittelasiatischen Regierungen eine Vereinbarung über ein Doppelbürgerrecht zu erlangen.

2. Reintegration des postsowjetischen Raumes mit dem Ziel vermehrter wirtschaftlicher und militärischer Zusammenarbeit. Ob von den jetzigen politischen Entscheidungsträgern auch eine politische Integration angestrebt wird und wie eine solche aussähe, ist eine wichtige, nach wie vor offene Frage.

Nachdem bereits im Verlauf des letzten Jahres Aserbaidschan und Georgien der GUS (wieder) beigetreten sind, beide allerdings aufgrund von inneren Konflikten, welche ohne Zweifel von russischen Kräften mit manipuliert worden sind, wird nun die noch engere Anbindung Belorus' an Russland via monetäre/wirtschaftliche Integration diskutiert. Ferner erwähnenswert ist der kürzlich mit Georgien abgeschlossene Vertrag, der auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiet eine umfassende Zusammenarbeit vorsieht, aber gleichzeitig die Souveränität und territoriale Integrität Georgiens garantiert. Dieser letzte Punkt hat in der Duma bereits heftige Reaktionen ausgelöst, denn ein Teil der Opposition erhebt Anspruch auf das zu Georgien gehörende Südossetien.

3. Verteidigung der GUS-Grenzen (was gleichgesetzt wird mit der Verteidigung Russlands, da die Grenzen Russlands zu den GUS-Staaten entweder nicht existieren oder nicht zu verteidigen sind) und Einfrieren von schwebenden Konflikten auf dem Gebiet der GUS. Für diese teuren, innenpolitisch nicht immer populären Operationen wünscht sich Russland seit einiger Zeit ein UNO-Mandat und finanzielle Unterstützung.

Russland sieht seine Sicherheit heute bedroht durch regionale Konflikte an seiner südlichen und südwestlichen Flanke.

Die Rolle als Ordnungsmacht wird es aber zweifellos auch dazu benutzen, um strategisch wichtige Positionen an seinen Flanken auszubauen.

Es besteht die Gefahr, dass Russland bei einem entsprechenden innenpolitischen Kräfteverhältnis nicht nur das sicherheitspolitische Erbe der Sowjetunion antritt, sondern auch das imperiale.

Im Westen befürchtet man aber, dass die Erteilung eines solchen Mandats an Russland zur Legitimierung hegemonialer Bestrebungen missbraucht werden könnte. Das Beispiel Tadschikistan hat gezeigt, dass eine Eskalation bewaffneter Konflikte zu einer Migrationswelle führt, die Russland kaum bewältigen kann. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion strömten über eine Million Menschen als Flüchtlinge oder Rückwanderer nach Russland. Falls es nicht gelingen sollte, die zahlreichen Konflikte auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion einzudämmen, steht zweifellos eine bedeutend grössere Migrationswelle bevor.

4. Keine Preisgabe strategisch wichtiger Stützpunkte und Militäreinrichtungen. Seit dem Vertrag mit Georgien über militärische Zusammenarbeit, der unter anderem die Einrichtung von drei Militärbasen vorsieht, verfügt Russland in Georgien, Armenien und Aserbaidschan zusammen über fünf Stützpunkte; zusätzlich agieren die Truppen in Tadschikistan, welche die Grenzen nach Afghanistan schützen sowie den tadschikischen Bürgerkrieg eingefroren halten, seit einiger Zeit mit einem GUS-Mandat. Im Baltikum verbindet die russische Diplomatie das Problem des Truppenabzugs mit dem Recht zur Weiterbenutzung militärischer Einrichtungen, zum Beispiel einer Radaranlage in Skrunda (Lettland) für mindestens weitere vier Jahre.

Wenn diese Einschätzung der aussenpolitischen Prioritäten Russlands korrekt ist, dann lässt sich zusammenfassend feststellen, dass die russische politische Elite den postsowjetischen Raum zunehmend als ausschliesslich innere Angelegenheit Russlands betrachtet. Gleichzeitig bemüht sie sich, die Sicherheitspartnerschaft mit den USA und Westeuropa nicht zu gefährden. In wichtigen Bereichen wie konventionelle und atomare Abrüstung, KSZE und Verhinderung der Proliferation von Nuklearwaffen erweist sich Russland nach wie vor als Partner, wohl auch, um das für seine Reform nötige internationale Klima nicht zu gefährden.

Welche Implikationen hat dieser Kurs Russlands für Europa, für die Staaten des «Nahen Auslands» und nicht zuletzt für die innere Situation Russlands? In den Staaten des «Nahen Auslands», vor allem aber im Baltikum, mehren sich die Befürchtungen, dass der neue russische Kurs nichts anderes darstellt als die Wiederbelebung des Sowjetimperialisismus im nationalen Gewand. In der Tat ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, dass Russland, halb gezogen durch objektive Notwendigkeiten, halb drängend infolge tiefstehender Grossmachtvorstellungen, eine Reintegration

unter Missachtung der Souveränität der ehemaligen Republiken forciert.

Seit einiger Zeit räsoniert die russische Publizistik, die dem Thema der «russischen nationalen Interessen» sehr viel Platz einräumt, in bedenklicher Weise darüber, ob die Souveränität der ehemaligen Republiken legitim und mit den Interessen Russlands vereinbar sei. Unter Berufung auf die koloniale Tätigkeit Russlands in Nordkasachstan oder im Kaukasus, auf die russische Bevölkerungsmehrheit in der linksufrigen Ukraine oder auf die Energieabhängigkeit der meisten Republiken werden russische Ansprüche legitimiert. Der multiethnische Staatsaufbau Russlands wird dem «ethnokratischen» Modell gegenübergestellt, welches viele Republiken gewählt hätten, das aber nicht in der Lage sei, das Problem der russischen Minderheiten befriedigend zu lösen. Mit solchen und ähnlichen Argumenten wird zumindest indirekt die Souveränität der ehemaligen Republiken in Frage gestellt und russischen Hegemonialbestrebungen der Boden bereitet.

Realpolitischer Westen

Trotz in letzter Zeit deutlich zu vernehmender Warnungen vor einem russischen Imperialismus muss davon ausgegangen werden, dass der Westen nicht gewillt ist, die Partnerschaft mit Russland auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik auf Druck der um ihre Unabhängigkeit besorgten ehemaligen Republiken ernsthaft zu gefährden. Überdies verfügt der Westen kaum über Mittel, um auf die innere Entwicklung Russlands Einfluss zu nehmen. Noch gewichtiger dürfte allerdings die mehr oder weniger unausgesprochene Einschätzung seitens des Westens wiegen, dass eine Konfliktregulierung und eine regionale Hegemonie Russlands in Mittelasien und in Transkaukasien das durch den Zerfall der Sowjetunion entstandene Machtvakuum füllen könnte und dadurch ein Ausgreifen der Konflikte und eine mögliche Involvierung der Türkei oder des Irans verhindert werden würden.

Ob Russland seine Interessen im «Nahen Ausland» im Sinne einer «benevolenten Grossmacht» verfolgen oder aufgrund seiner inneren Lage einen neoimperialistischen Kurs einschlagen wird, kann vom Westen aus kaum beeinflusst werden. Solange aber Russland die Partnerschaft mit dem Westen und seine innere Transformation Richtung Marktregulierung und Einbindung in die Weltwirtschaft, unter Umständen mit reduziertem Tempo, auf seiner politischen Agenda behält, ist eine erzwungene Reetablierung des Imperiums kaum denkbar. Eine solche hätte nicht nur für die Staaten des «Nahen Auslands», sondern

Sollte Russland das imperiale Erbe der Sowjetunion antreten, bliebe ihm auch deren imperiales Ende kaum erspart.

Russland verlässt in seinen Beziehungen zum Baltikum immer öfter den Rahmen eines zivilisierten politischen Diskurses und vergiftet dadurch das Klima.

Die faktisch ausgeübte Politik aber hat bis anhin die Befürchtungen vor einem dramatischen Kurswechsel nicht bestätigt. Dies gilt in erster Linie für Beziehungen zum Westen.

auch für Russland selbst katastrophale Folgen.

Das oft gehörte Argument, dass eine Reintegration des postsowjetischen Raumes im Interesse der Wirtschaft unabdingbar sei, verliert bei näherer Betrachtung seine Stichhaltigkeit. Zwar trifft es zu, dass die Produktionseinbüsse bei vielen russischen Betrieben eine Folge des Zusammenbruchs der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den ehemaligen Republiken ist. Eine forcierte Reetablierung dieser Beziehungen ist aber nur mit Hilfe staatlicher Zwangsmassnahmen möglich, und dies wiederum bedeutet den Schutz der maroden Grossbetriebe durch staatliche Subventionen und ist mit einer zügigen Reformstrategie nicht zu vereinbaren. Eine äussere Expansion würde auf lange Frist eine innere Entwicklung verhindern. Sollte Russland das imperiale Erbe der Sowjetunion antreten, bliebe ihm auch deren imperiales Ende kaum erspart.

Kein dramatischer Kurswechsel – bisher

Eine zusammenfassende Einschätzung der Entwicklung der russischen Aussenpolitik muss zwiespältig ausfallen. Unbestreitbar hat Russland im «Nahen Ausland» eine ganze Reihe legitimer Interessen zu vertreten, dies vor allem auf dem Gebiet der Sicherheit und dem Schutz der russischen Diaspora. Ferner wächst der Einfluss Russlands im «Nahen Ausland» in dem Masse, wie sich die meist aus der alten Nomenklatura hervorgegangenen Regimes zur Machterhaltung auf den grossen Bruder Russland stützen.

Besonders in Mittelasien und im Transkaukasus, welche sich durch ein hohes Konfliktpotential, instabile innere Lage, Ressourcenreichtum und gemeinsame Grenzen mit anderen potentiellen Anwärtern auf die Rolle einer regionalen Hegemonialmacht auszeichnen, vertritt Russland immer deutlicher seine Interessen. In dieser Region wird Russland seine militärische Präsenz in Zukunft durch bilaterale Verhandlungen oder im Rahmen der GUS weiter ausbauen. Heute befinden sich bereits mehrere Tausend Soldaten in Georgien, etwa 9000 Soldaten in Armenien, 24 000 in Tadschikistan und etwa 15 000 in Turkmenistan.

An seiner westlichen Peripherie verfolgt Russland seine Ziele weiterhin im Rahmen von bilateralen Verhandlungen über wirtschaftlich und sicherheitspolitisch relevante Fragen. Die neue Führung Weissrusslands kommt Russland dabei in bezug auf eine vertiefte Zusammenarbeit weit entgegen. Auch in seiner Beziehung zur Ukraine bemüht sich Russland, die Erfolge im Bereich der Si-

cherheitspolitik (START) nicht durch die heiklen offenen Fragen nach dem Schicksal der Halbinsel Krim und der Schwarzmeerflotte zu belasten.

Das Verhältnis zu den Staaten des Baltikums hat sich aber vor allem infolge wiederholter verbaler Entgleisungen Kosirows sowie einiger sinnloser Grossmachtdemonstrationen Russlands verschlechtert. Ungeachtet aller offiziellen Beteuerungen, dass Russland weiterhin die Verhandlungen über den Abzug der verbleibenden Truppen in Lettland (12 000) und Estland (3000) zu einem Ende bringen will, sind die Gespräche in letzter Zeit nur sehr schleppend vorangekommen. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass Russland in seinen Beziehungen zum Baltikum immer öfter den Rahmen eines zivilisierten politischen Diskurses verlässt und statt dessen mit oft verantwortungsloser Rhetorik und sinnlosen, angesichts des ethnischen Konfliktpotentials gefährlichen Grossmachtdemonstrationen das politische Klima vergiftet.

Unbestreitbar besteht die Gefahr, dass Russland aufgrund seines militärischen und wirtschaftlichen Gewichts, aber auch aufgrund seiner historischen Prägung die legitimen Interessen der jungen Staaten missachten könnte. Einflussreiche Teile der Öffentlichkeit und der politischen Klasse betreiben weiterhin die Etablierung einer russischen Hegemonie auf dem Gebiet der GUS, im Extremfall die Wiederherstellung des sowjetischen Imperiums. In der Rhetorik der russischen Führung machen sich deutliche, bisweilen schwer erträgliche Züge an nationalistische, oft auch antiwestliche Denkmuster bemerkbar.

Die faktisch ausgeübte Politik aber hat bis anhin die Befürchtungen vor einem dramatischen Kurswechsel nicht bestätigt. Dies gilt in erster Linie für Beziehungen zum Westen, wo Russland in den wichtigsten Bereichen nach wie vor auf Partnerschaft setzt. In den Beziehungen zum «Nahen Ausland» allerdings tritt Russland in letzter Zeit zweifellos energischer auf. Die Wahrung seiner sicherheitspolitischen Interessen bedeutet nun aber nicht automatisch den Beginn eines russischen Neoimperialismus, auch wenn Russland infolge einer innenpolitischen Veränderung oder eskalierender Konflikte an seiner südlichen Peripherie die im Gemenge von ethnischen Konflikten, politischen Machtkämpfen, strategischen Interessen und Konkurrenz um Ressourcen die oft nur sehr schwer erkennbare Grenze zwischen benevolenter Hegemonialmacht und aggressiver Grossmacht überschreiten könnte. *Christoph M. Zürcher*